

Kosovo

Zur Situation der Roma-Gemeinschaften (Roma/Ashkali/ÄgypterInnen)

Rainer Mattern

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

Für Paketpost:
Weyermannsstrasse 10
CH-3008 Bern

T++41 31 370 75 75
F++41 31 370 75 00

25. Juli 2005

info@osar.ch
www.osar.ch

PC-Konto
30-16741-4
Spendenkonto
PC 30-1085-7

Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 / 370 75 75
Fax 031 / 370 75 00
E-Mail: INFO@osar.ch
Internet: www.osar.ch
PC-Konto: 30-1085-7

AUTOR

Rainer Mattern, SFH-Länderanalyse


SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

PREIS

Fr. 15.-- inkl. 2,4 Prozent MWSt., zuzgl. Versandkosten

COPYRIGHT

© 2005  Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
2	Terminologie und Geschichte.....	3
2.1	Vertreibung im Jahr 1999.....	4
2.2	Unruhen im März 2004.....	5
2.3	Sicherheitslage heute.....	6
2.3.1	Nachhaltige Verbesserung der Lage der Minderheiten?.....	6
2.3.2	Position des UNHCR.....	7
2.3.3	UNMIK.....	8
2.3.4	Monitoring und Rückführung.....	9
2.4	Weiterbestehende Probleme der Roma/Ashkali/ÄgypterInnen.....	10
2.4.1	Angst als ständiger Begleiter.....	10
2.4.2	Wohnsituation und sichere Rückkehr an den früheren Wohnort.....	11
2.4.3	Bleivergiftete Lager.....	12
2.4.4	Beschäftigung.....	14
2.4.5	Was hat sich an der Situation der Roma-Gemeinschaften wirklich gebessert?.....	14
2.5	Fluchtalternative in Serbien.....	15
3	Zusammenfassung.....	15

1 Einleitung

Die wachsende Aussicht, dass im Rahmen der Verhandlungen über den künftigen Status von Kosovo der bisherigen Provinz eine Form von Unabhängigkeit zugestanden wird (voraussichtlich eine völlige Unabhängigkeit von Belgrad, jedoch nicht völlige Souveränität gegenüber der internationalen Gemeinschaft) ängstigt die ethnischen Minderheiten. Trotz aller Bekenntnisse zu einem multikulturellen Kosovo könnten sie die Verlierer sein. Eine Fokussierung auf die serbisch-albanischen Beziehungen, wie sie im Rahmen der Statusverhandlungen zu erwarten ist, ging noch immer zu Lasten der kleineren ethnischen Minderheiten, die kein Territorium haben, in der Region verstreut leben, nicht eigene staatliche Institutionen stellen und nicht politisch einheitlich auftreten. Deren beständige Abwanderung weist auf ein Gefühl der Entfremdung hin und darauf, dass sie in Kosovo keinen Platz mehr für sich sehen.¹ Im komplizierten Mächtenspiel der Akteure – UN-Übergangsverwaltung, Regierungen in Prishtina und Belgrad, EU und USA – um den künftigen Status von Kosovo sind die Roma/Ashkali/ÄgypterInnen nicht Verhandlungsparteien und können nur darauf hoffen, dass die UN-Verwaltung stellvertretend für sie diese Rolle übernimmt. UNMIK und Kosovo-Regierung sind derzeit vor allem daran interessiert, erreichte Fortschritte in ein positives Licht zu rücken. Dass der Rückkehrprozess angelaufen ist und die ethnischen Minderheiten wieder in Kosovo leben können, würde beweisen, dass einer der internationalen Standards² für die Statusverhandlungen erfüllt ist. Belgrad betrachtet keinen der Standards als erfüllt und weist auf die Situation der serbischen Minderheit in Kosovo hin.

Der Rückkehrprozess der Roma-Gemeinschaften ist blockiert durch ihre weiterhin prekäre Situation, aber auch durch die unterschiedlichen Ziele der Roma-Diaspora, der albanischen Bevölkerung Kosovos und der serbischen Politik. So hat der serbische Nationalrat die Kosovo-Serben ermutigt, auf die Roma in den Lagern Einfluss zu nehmen, dass diese sich einer Rückkehr widersetzen. Zwischen der Roma-Bevölkerung und den oft selbsternannten Roma-Führern existieren Differenzen darüber, wie die Bedingungen für eine Rückkehr auszusehen hätten. Die Budgets der Kosovo-Regierung für den Wiederaufbau diskriminieren die Roma klar.³ Serbische Rückkehrprojekte haben weitaus bessere Chancen einer Finanzierung als Roma-Projekte, für eine Unterstützung von Roma-Projekten stiessen internationale NGO's auf nahezu kein Interesse.

Die Politik der europäischen Staaten richtet sich inzwischen immer weniger darauf, die ethnischen Minderheiten in Kosovo zu schützen, sondern deren Rückkehr zu forcieren. So haben die Regierungen von Dänemark, Schweden, Norwegen und Island in einem Brief an den Sondergesandten des Generalsekretärs der UN, Sören Jensen-Petersen, die Sorge ausgedrückt, Empfehlungen in den UNHCR-Positionen, die von einer zwangsweisen Rückführung von Minderheiten Abstand nehmen, würden unbeabsichtigt die ethnische Säuberung in Kosovo zementieren.⁴ Dass in den Jahren nach dem Krieg mehr Minderheitenangehörige aus Kosovo ausgewandert als

¹ Karin Waringo, IWPR, Minority Rights Need Protecting, 14.5.2005.

² Alle Flüchtlinge und Vertriebenen, die nach Kosovo zurückzukehren wünschen, müssen das in Sicherheit und Würde tun können.

³ Refugees International, Kosovo: Roma Return stalled by Security Concerns, Politics and Discrimination, 28.6.2005.

⁴ Refugees International, 28.6.2005, a.a.O.

zurückgekehrt sind, mag dazu beitragen, dass Deutschland und verschiedene skandinavische Staaten die Geduld verlieren und den Druck auf die UN-Übergangsverwaltung in Kosovo erhöhen. Unter Berufung auf die heute gewährten Schutzmassnahmen von K-FOR und Sicherheitskräften des Kosovo soll die Ausreise nun für alle Minderheitenangehörigen aus Kosovo zumutbar sein.⁵ Starker Druck der Staaten auf die UN-Organisationen, eine erzwungene statt der früher favorisierten freiwilligen Rückkehr einzelner Minderheiten zuzulassen, ist offensichtlich und beeinflusst die Positionen sowohl der UNMIK wie des UNHCR.

In Deutschland leben nach der Auskunft deutscher Behörden über 24'000 Roma, 8'000 Ashkali und 1'800 ÄgypterInnen, die als zur Ausreise verpflichtet angesehen werden. Am 25. und 26. April 2005 fanden in Berlin Gespräche zwischen Vertretern vom UNMIK Office of Returns & Communities und einer aus dem deutschen Innenministerium und den Länderministerien zusammengesetzten Delegation über Fragen der Rückführung von Minderheiten nach Kosovo statt. Ab Mai 2005 sollten Angehörige der Minderheiten der Ashkali und Ägypter abhängig von einem von UNMIK durchzuführenden individuellen Prüfungsverfahren zurückgeführt werden.⁶ Für die Rückführung im Juni 2005 wurden 300 Angehörige der genannten Minderheiten vorgeschlagen, danach sollte sich die Zahl auf 500 Personen pro Monat erhöhen. Dass die Parteien des Abkommens die Rückführung so vieler Personen nicht für wirklich realistisch hielten, folgt daraus, dass der Anteil der nach dem Prüfungsverfahren tatsächlich Zurückgeführten auf 20 Prozent der vorgeschlagenen Fälle geschätzt wird. Bei einer anvisierten Zahl von 500 Personen pro Monat wären das immer noch 100 Angehörige von Roma Gemeinschaften (vor allem Ashkali), die allein aus Deutschland Monat für Monat zurückgeführt werden. Abhängig von der Sicherheits-situation in Kosovo sollen ab September die Zahlen neu verhandelt werden können. Abschiebungen von SerblInnen und von Roma generell⁷ sowie von an einer Post-traumatischen Belastungsstörung leidenden Menschen werden von der UNMIK nicht akzeptiert.

Auch die Kosovo benachbarten Staaten Mazedonien und Montenegro haben mit der UNMIK und der Kosovo-Regierung "Kooperations-Protokolle" betreffend die Rückkehr von Flüchtlingen abgeschlossen.⁸ Die Roma-Gemeinschaften befürchten, dass weitere Staaten folgen und mit Rückführungen der Roma-Flüchtlinge im grossen Stil beginnen werden.

⁵ z.B. Schreiben des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen vom 11. April 2005.

⁶ "Agreed Note" über die Gespräche zur zwangsweisen Rückführung von Minderheiten in das Kosovo am 25. und 26. April 2005 in Berlin – Erklärung des UNMIK Office of Returns & Communities.

⁷ Ausgenommen sind straffällige Roma, von denen vorläufig 20 zurückgeführt werden sollen.

⁸ Diese beziehen sich zwar auf freiwillige Rückkehr, doch ist der Wortlaut der Abkommen nicht öffentlich, was zu Befürchtungen der Roma-Gemeinschaften in diesen Ländern geführt hat, dass Druck zur Rückkehr ausgeübt werden soll.

2 Terminologie und Geschichte

Vor dem Krieg lebten die Roma in Kosovo vor allem in städtischen Mahallas (Roma-Vierteln) oder, da viele Roma Landwirte waren, in Einzelhäusern auf dem Land. Die Roma-Gemeinschaften in Kosovo hatten vor den NATO-Angriffen im Jahr 1999, verglichen mit den Roma in den übrigen Balkanländern und Nachfolgerepubliken des ehemaligen Jugoslawien, einen guten Lebensstandard mit einem hohen Grad an Sesshaftigkeit, bildeten jedoch auch hier eine heterogene Gruppe. Zur Zahl der Roma vor dem Krieg gibt es differierende Angaben. Die Angaben beim Zensus von 1991 von 45'000 Roma entsprachen bei weitem nicht der tatsächlichen Grösse der Roma-Bevölkerung in Kosovo. Eine Zahl von 200'000 bis 300'000 würde eher mit den Steuer-Registern aus der Osmanischen Zeit übereinstimmen, die bis zur Entstehung von Serbien aufbewahrt worden waren. Nach allgemeinen Schätzungen lebten vor der Vertreibung in Kosovo rund 150'000 Roma, Ashkali und ÄgypterInnen⁹, von denen bereits in den Jahren vor Kriegsausbruch rund 30'000 als politische Flüchtlinge nach Westeuropa emigriert waren.¹⁰ Sie hatten sich dort oft entsprechend ihrer Integration in die albanische Gemeinschaft als Kosovo-AlbanerInnen identifiziert. Die heutige Zahl von Roma/Ashkali/ÄgypterInnen wird auf 30'000 bis 35'000 geschätzt.¹¹

Eine Unterteilung der Kosovo-Roma in Roma/Ashkali/ÄgypterInnen ist üblich geworden. Das entspricht einerseits der Selbstbezeichnung dieser Gemeinschaften, ist aber andererseits auf jüngere Entwicklungen zurückzuführen. Viele Roma integrierten sich im Balkan-Gebiet in die Gesellschaften in dem Mass, in dem sie ihre Identität verloren. In Kosovo gibt es traditionell zwei Kategorien von Roma, einerseits die Nachkommen von frühen Roma-SiedlerInnen, die eng verwandt mit den Arlii-Roma in Bulgarien, Südserbien und Mazedonien sind. Eine zweite Welle von Roma-Siedlern kam im 17. und 18. Jahrhundert aus der Walachei (Rumänien), wo sie vor Sklaverei flohen. Diese sind verwandt mit den serbischen und bosnischen Gurbeti, bezeichnen sich aber in Kosovo als Roma.¹²

Manche davon verloren dabei ihre Sprache wie die Ashkali und ÄgypterInnen, behielten aber einige Traditionen bei und sahen sich auch nicht gehindert, Roma zu heiraten. Dass die ÄgypterInnen ein aus Ägypten eingewandertes Volk seien, lässt sich wohl auf einen alten Mythos zurückführen, wonach Roma nahe der westgriechischen Stadt Gyppe siedelten. Diese Region war bekannt für ihre Roma-Siedlungen, nicht jedoch für eine tatsächlich aus Ägypten stammende Bevölkerung.¹³ Es handelt sich bei diesen Ethnisierungsprozessen um rezente Entwicklungen wie auch bei den Ashkali, von denen vor dem Auseinanderbrechen von Jugoslawien niemand etwas gehört hatte.

Mit der Machtübernahme durch Milosevic verschlechterte sich die Situation der Roma-Gemeinschaften in Kosovo. Seit der Aufhebung des Autonomie-Statuts 1989 in Kosovo wurden sie vom serbischen Regime manipuliert und missbraucht. Mit huma-

⁹ Roma Foundation, Zürich, The Situation of Roma in Kosovo, February 2005.

¹⁰ Gesellschaft für bedrohte Völker, Bis der letzte "Zigeuner" vertrieben ist, Massenvertreibung der Roma und Aschkali aus dem Kosovo, 30.9.1999.

¹¹ ERRC, In the Aftermath of Ethnic Cleansing: Continued Persecution of Roma, Ashkalis, Egyptians and others perceived as "Gypsies" in Kosovo, 27.6.2005.

¹² Lev Tcherenkov, Stéphane Laederich, The Rroma, 2004, S. 204 ff.

¹³ S. Laederich, Rroma, Ashkali, Egyptians, A Kosovo peculiarity, April 2000.

nitärer Hilfe, aber auch durch Druck und Drohung wurde die Mehrheit der Roma-Bevölkerung dazu gebracht, sich dem Wahlboykott der albanischen Bevölkerung zu verweigern und regelmässig für die SPS von Milosevic zu stimmen. Es entsprach der Strategie Milosevics, Kosovo als multiethnisch besiedelt darzustellen und die albanische Bevölkerungsmehrheit zu relativieren. Umgekehrt lag es im kosovo-albanischen Interesse, möglichst viele Personen bei der Volkszählung als AlbanerInnen zu rechnen, was vor allem für die albanisch sprechenden Ashkali zutraf.

Der Auffassung, dass es sich auch bei Ashkali und ÄgypterInnen um Roma handelt, ist der Vorzug zu geben. Dennoch werden im Folgenden immer wieder die Bezeichnungen für die verschiedenen Roma-Gemeinschaften in Kosovo als Roma, Ashkali und ÄgypterInnen aufgegriffen. Sowohl als Selbstbezeichnung wie auch als Zuschreibung von aussen sind diese Begriffe eine gesellschaftliche und politische Realität geworden.

Europäische Staaten stellen in ihrer Wegweisungspraxis massgeblich darauf ab, ob Roma-Angehörige serbischsprechend oder (wie die meisten Ashkali und ÄgypterInnen) albanischsprechend sind. Serbischsprechende Roma werden meist als schutzbedürftiger angesehen, wenn sie aus dem albanisch sprechenden Teil Kosovos stammen. Bei albanisch sprechenden Roma wird ein höherer Grad der Assimilation in das albanische Umfeld und deshalb eine geringere Gefährdung unterstellt. Albanisch- oder Serbischkenntnisse der Roma-Gemeinschaften hängen davon ab, ob sie in Nachbarschaft zu ethnischen AlbanerInnen (Prizren und Peja) oder zu Kosovo-SerblInnen (Nord-Mitrovica, Gracanica) leben.

Wie immer die Roma-Gemeinschaften sich selbst bezeichnen mögen: Für AlbanerInnen oder SerblInnen handelt es sich um Zigeuner, auf albanisch meist mit der abwertenden Bezeichnung Maxhup oder Gabel versehen. Die Zeiten sind vorbei, in denen es im serbischen oder albanischen Interesse lag, die Roma, Ashkali und ÄgypterInnen als Angehörige der jeweils eigenen Nationalität zu zählen und zu manipulieren. In krisenhaften Situationen schützen Albanischkenntnisse nicht, das haben die Vorgänge in den Jahren 1999 und 2004 gezeigt. Während der Vertreibungen haben sich die Angriffe ebenso gegen serbischsprechende Roma wie gegen albanischsprechende Ashkali gerichtet.

2.1 Vertreibung im Jahr 1999

Während der NATO-Intervention vom 24. März bis 10. Juni 1999 wurden einige Roma, sofern sie nicht mit ihren albanischen Nachbarn aus Kosovo geflohen waren, dazu gezwungen, Leichen von massakrierten AlbanerInnen zu begraben, Schützengräben auszuheben und albanische Häuser und Höfe zu plündern. Wie eine Untersuchung des "Humanitarian Law Center"¹⁴ deutlich machte, mussten die Roma und Ashkali in der Regel die wertvolleren Güter abgeben und konnten gestohlenen Essen und Kleider behalten. Die Studie zeigt, dass es Roma gab, die solche Aufgaben übernommen hatten, zum Teil aus Angst vor Strafen oder um ihr eigenes Überleben sichern zu können. Sie wurden in der Regel an ihren Arbeitsplätzen abgeholt und zu Zwangsarbeitseinsätzen gebracht. Sie waren zeitweise oder permanent bei der Poli-

¹⁴ Humanitarian Law Center, Belgrad, Kosovo Roma: Targets of Abuse and Violence, 24 March – 1 September 1999.

zei angestellt und hatten über Bewegungen der albanischen Nachbarn zu informieren. Andererseits wurden sie bedroht, wenn man ihnen mögliche Kontakte/Kollaborationen mit den albanischen Nachbarn unterstellte.

Die Roma-Gemeinschaften wurden Opfer eines Konflikts, der nicht der ihre war. Ungeachtet der Tatsache, dass es einzelne Personen waren, die während des Kriegs von serbischer Seite instrumentalisiert worden waren, wurde die Roma-Bevölkerung nach dem Einmarsch der K-FOR-Truppen in Kosovo pauschal verdächtigt und Opfer einer pogromartigen Verfolgung. Während sich das internationale Interesse nach der Befreiung Kosovos durch NATO-Truppen auf die Rückkehr von etwa 1,5 Millionen AlbanerInnen sowie Angehörige verschiedener Minderheiten richtete und täglich neue Massengräber entdeckt wurden, begannen albanische Täter mit einer neuen Massenvertreibung ethnischer Minderheiten, der Serben, serbisch sprechenden Minderheiten und Roma-Gemeinschaften.

Innert zwei Wochen wurden beispielsweise allein im Juni 1999 in der Region Prishtina 4'000 Roma und Ashkali vertrieben. Von rund 1'700 Roma und Ashkali in der Gemeinde Vushtrri/Vucitern verblieben nach Mitte Juli 1999 noch 70 Personen.¹⁵ Ebenfalls im Juli wurde in Mitrovicë/Kosovska Mitrovica das Roma-Viertel niedergebrannt, das heute noch genau so aussieht wie nach der Zerstörung.

Zur Rache gehörte die Vertreibung aus den Häusern: Unter Androhung von Gewaltanwendung mussten die Roma-Gemeinschaften innert Minuten ihre Siedlungen verlassen, ihr Hab und Gut wurde geplündert, bevor Häuser oder ganze Quartiere in Brand gesteckt wurden. Die Plünderungen wurden in der Regel damit begründet, dass nur gestohlenen albanisches Gut zurückgeholt werde. In den Monaten September und Oktober 1999 zeigte das Vorgehen eine Systematik, nach der längerfristig gezielt alle Roma, Ashkali und ÄgypterInnen aus Kosovo vertrieben werden sollten. Zu den Methoden der Vertreibung gehörten Ermordungen, Vergewaltigungen und Beschlagnahme des Eigentums.

2.2 Unruhen im März 2004

Der Krieg von 1999 und seine Folgen bildeten die entscheidende Zäsur für die Lage der Roma-Gemeinschaften. Auch wenn die schlimmsten Übergriffe bis hin zu Tötungen in den folgenden Jahren zahlenmässig abnahmen, blieb die Situation dieser Gemeinschaften immer prekär unter den Aspekten der Sicherheit, der Bewegungsfreiheit, des Zugangs zu Gesundheits- und anderen Institutionen und der Diskriminierung in allen Lebensbereichen.¹⁶ Die Angriffe zielten auf Wohnungen und neuerbaute Häuser von RückkehrerInnen. Wie die serbische Minderheit in den Enklaven lebten auch Roma/Ashkali/ÄgypterInnen in einer Atmosphäre der Angst und Einschüchterung. Angriffe auf ethnische Minderheiten blieben in der überwiegenden Zahl aller Fälle unaufgeklärt. Keine Gemeinschaft hatte so schlechte Perspektiven einer gleichberechtigten Integration in die Gesellschaft wie die Roma-Gemeinschaften, insbesondere fehlte es an elementarer Existenzsicherung. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

¹⁵ SFH, Kosovo: Zur sozialen und humanitären Situation im Sommer 2000, August 2000.

¹⁶ SFH, Kosovo – Situation der Minderheiten, 2.4.2003; SFH, Kosovo – Situation der Minderheiten, 16.4.2002.

Die Unruhen vom März 2004 brachten die heftigste interethnische Gewalt seit dem Jahr 1999 hervor.¹⁷ Sie wurden ausgelöst durch das Ertrinken von albanischen Kindern, deren Tod serbischen Unbekannten zugeschrieben wurde. Den Unruhen vorausgegangen war die Beobachtung, dass sich nach einer vorübergehenden Beruhigung die Situation für die Roma-Gemeinschaften wieder verschlechtert hatte und dass es immer noch eine latente Pogromstimmung gegen diese Gemeinschaften gab. Im Laufe der Unruhen wurden erneut auch die Roma und Ashkali zum Ziel des Mobs.

Mehr als 4'000 SerblInnen, Ashkali und Roma wurden vertrieben, mindestens 19 Menschen starben bei den Ausschreitungen, mehr als 1'000 Personen wurden verletzt, 900 Häuser niedergebrannt oder schwer beschädigt, 30 orthodoxe religiöse Stätten – Klöster, Kirchen – wurden zerstört oder beschädigt. Die Sicherheitskräfte betrachteten es nicht überall als Teil ihres Auftrags, die Zerstörung des Eigentums der Minderheiten zu verhindern. Die K-FOR sah den Schutz der Personen als vorrangig an.¹⁸ Die Gewalt richtete sich erstmals auch gegen die UNMIK und die K-FOR. Nahezu die Hälfte (1'864) von den über 4'000 Personen, die aus ihren Wohnungen vertrieben wurden, bleiben immer noch innerhalb Kosovos vertrieben.¹⁹ In Vucitern/Vushtrri wurden 70 Ashkali-Häuser niedergebrannt, von denen die meisten neu errichtet worden waren. Unter den vertriebenen Ashkali waren auch solche, die zum zweiten Mal nach 1999 eine Vertreibung erlebten. Von 69 Familien, deren Häuser zerstört wurden, sind lediglich zwölf Familien zurückgekehrt.

2.3 Sicherheitslage heute

Seit den Unruhen vom März 2004 sind nur noch wenige gewaltsame Übergriffe gegen die Minderheiten bekanntgeworden. Drohungen, Einschüchterungen und Schikanen gibt es weiterhin, doch werden sie häufig nicht gemeldet.²⁰ Die UNMIK geht von einer Verbesserung der Situation aus und bezieht sich darauf, dass sich seit der Tötung eines 16-jährigen Kosovo-Serben in Gračanica am 6. Juni 2004 kein interethnischer Mord mehr ereignet habe.

2.3.1 Nachhaltige Verbesserung der Lage der Minderheiten?

"Zynische Versuchsreihe" und "humanitärer Dambruch" sind Begriffe, mit denen vor bevorstehenden Abschiebungen von Ashkali in Deutschland gewarnt wurde. Richtiger Kern dieser Wortwahl ist, dass sich Angriffe auf die Minderheiten wie im letzten Jahr wiederholen können und die Zurückgeführten in die Situation einer weiteren Vertreibung geraten können. Der Rückgang von Gewaltakten in den letzten Monaten kann im günstigen Fall Zeichen einer langsamen, wenn auch ungewiss bleibenden Verbesserung sein, ebenso gut aber Resultat einer momentan abwartenden Haltung der für die früheren Ausschreitungen Verantwortlichen im Hinblick auf die Statusverhandlungen. Trotz der Verhaftung von Ministerpräsident Haradinaj ist es in Kosovo relativ ruhig geblieben. Das spricht dafür, dass es der politischen Elite

¹⁷ SFH, Kosovo, Update zur Situation der ethnischen Minderheiten nach den Ereignissen vom März 2004.

¹⁸ SFH, 2004, S. 9.

¹⁹ IWPR, Minority Rights Need Protecting, 14.4.2005.

²⁰ UNHCR, Position zur fortdauernden Schutzbedürftigkeit von Personen aus dem Kosovo, März 2005.

gelingen ist, einen mässigenden Einfluss auszuüben, weil das in dieser Situation von Vorteil ist. Ein Umkippen der Situation ist möglich, gerade wenn die Statusverhandlungen nicht den Erwartungen extremistischer und zur Gewalt entschlossener Kreise entsprechen sollten. Kosovo ist eine Post-Konflikt-Region mit schwacher gesellschaftlicher Struktur zur Unterstützung demokratischer Entwicklung. Interethnische Spannungen bleiben virulent und weisen auf die Schwächen des kosovarischen Regierungssystems hin.

Die UCK wurde offiziell am 21. September 1999 aufgelöst. Die militärische Führungsstruktur wie auch viele ehemalige Kämpfer wurden in das Kosovo-Protection-Corps (KPC, alb. TMK) integriert. Doch üben ehemalige UCK-Kommandeure und -Strukturen im Hintergrund erheblichen Einfluss aus und kontrollieren vor allem im ländlichen Bereich West-Kosovos Teile des öffentlichen Lebens. Sie bilden weiterhin ein Reservoir für gewaltsame Konflikte. Bei den Unruhen im März 2004 fanden gleichzeitig Angriffe in Kosovo-Polje/Fushe Kosovë, in Lipjan/Lipljan und Obiliq/Obilic statt. "Hardcore-Gruppen" aus West-Kosovo waren in Bussen zu verschiedenen Orten angereist, an denen es zu Gewaltakten kam. Sie gingen zielgerichtet gegen serbische, aber auch Roma-Häuser vor. Die UCK-Veteranen, die UCK-Invaliden und die Familien der Märtyrer beanspruchten ebenso eine Führerrolle bei den Unruhen wie die Vereinigung der Studenten von Prishtina (UPSUP) und kleine extreme Parteien.

Am 4. März 2005 gab eine neue "Albanische Befreiungsarmee" ein Statement ab. Es folgten verschiedene Bombenattacken und Angriffe auf UN-Fahrzeuge, Polizeiposten und eine Fernsehstation.²¹ Am 15. März 2005 explodierte ein ferngesteuerter Sprengsatz, als der Konvoi des Präsidenten Rugova vorbeifuhr. Anfangs April 2005 stand Peja/Pec vor dem Ausbruch von Gewalt. Kurz vor der Eröffnung der Anklage gegen Ministerpräsident Haradinaj wurden Waffenverschiebungen von Peja/Pec in andere urbane Zentren, insbesondere Prishtina, beobachtet. Die Region Dukagjini in Westkosovo hatte Prishtina bereits während der Neunzigerjahre mit Waffen versorgt. Der Krieg hatte in den Jahren 1998 und 1999 dort am schlimmsten getobt und es stellt auch für RückkehrerInnen die problematischste Region dar.²² Im Zentrum Prishtinas und in Vitina ereigneten sich auch im Juli 2005 mehrere Sprengstoffanschläge, die sich gegen ein serbisches Haus, gegen Räume der Serbisch Demokratischen Partei und gegen Gebäude der internationalen Organisationen richteten.

2.3.2 Position des UNHCR

Das UNHCR hielt in seiner **Position zur fortdauernden Schutzbedürftigkeit von Personen aus dem Kosovo (März 2005)** fest:

...bleibt die Sicherheitssituation im Kosovo insgesamt weiterhin zerbrechlich und unberechenbar. Angehörige von Minderheitengemeinschaften sind nach wie vor der Gefahr ethnisch motivierter Zwischenfälle ausgesetzt, bei denen Transporte mit Steinen beworfen, einzelne Personen tätlich angegriffen, belästigt oder eingeschüchtert werden oder bei denen das Eigentum und der Besitz von Angehörigen ethnischer Minderheiten geplündert, zerstört oder illegal in Besitz genommen wird, Friedhöfe und Grabstellen geschändet

²¹ International Crisis Group, Kosovo after Haradinaj, 26.5.2005, S. 5.

²² ICG, S. 6.

und Hassparolen an die Wände öffentlicher Gebäude geschmiert wurden. Eine Vielzahl dieser Zwischenfälle gelangt der Öffentlichkeit gar nicht zur Kenntnis, weil die Opfer aus Furcht vor Repressalien der aus der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft stammenden Täter meist schweigen.

Ein neues Umkippen der fragilen Sicherheitslage und der Ausbruch neuerlicher Gewalttätigkeiten kann für das Jahr 2005 nicht ausgeschlossen werden (Hervorhebung von RM). Interethnische Ausschreitungen in nur einer Gemeinschaft könnten dabei wie im März 2004 zu einem Domino-Effekt führen und sich binnen kurzer Zeit auf das gesamte Gebiet des Kosovo ausweiten. Sollte es hierzu kommen, so sind erneut zielgerichtete Übergriffe auf ethnische Minderheiten zu befürchten.

Anders als in den Jahren zuvor geht das UNHCR bei Angehörigen der Volksgruppen der Ashkali, der ÄgypterInnen, der BosnierInnen und der Gorani nicht mehr pauschal von einer Gefährdung aus, was jedoch **im Einzelfall** ein fortbestehendes Bedürfnis nach internationalem Schutz nicht ausschliesst. Das UNHCR ist der Auffassung, dass eine Rückführung von Angehörigen dieser Personengruppen nur dann in Betracht kommt, **wenn als Ergebnis einer sorgfältigen und einzelfallbezogenen Prüfung** feststeht, dass der betroffenen Person im Falle der Rückkehr in ihren Heimatort keinerlei flüchtlingsrelevante Gefahren drohen.

2.3.3 UNMIK

Die UNMIK sieht die allgemeine Sicherheitslage seit den interethnischen Unruhen vom März 2004 als beträchtlich verbessert an. Verbrechen gegen die Minderheitsbevölkerung seien zurückgegangen. Ethnische Vorurteile seien in politischen und juristischen Prozessen nicht mehr ausschlaggebend gewesen. Die Wahlen im Oktober 2004 seien bemerkenswert ruhig und stabil gewesen. Seit der Tötung eines 16-jährigen Kosovo-Serben in Granica am 6. Juni 2004 habe sich kein interethnischer Mord mehr ereignet. Die Kosovo-Polizei (KPS) habe mehr Aufgaben und auch das Kommando über 27 von 32 Polizeiposten übernommen. Trotzdem schätzt auch die UNMIK die Sicherheitssituation als fragil ein. Ethnisch motivierte Zwischenfälle, Belästigung und Einschüchterung eingeschlossen, geschehen weiterhin.²³

Berichte der UNMIK zur Minderheitenfrage stellen vor allem die erzielten Verbesserungen in den Mittelpunkt und treffen überwiegend optimistische Aussagen. Sie legen den Akzent auf die neuen Institutionen, die legislativen und administrativen Massnahmen der internationalen und kosovarischen Stellen, ohne hingegen eine kritische und vertiefte Auseinandersetzung mit der Frage zu führen, ob die neuen Strukturen den Minderheiten ein Mehr an Sicherheit und ein Weniger an Diskriminierung gebracht haben.²⁴

²³ Vgl. Council of Europe, Report submitted by the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK) pursuant to Article 2.2 of the agreement between UNMIK and the Council of Europe related to the Framework Convention for the Protection of National Minorities, 2.6.2005.

²⁴ Council of Europe, a.a.O.

2.3.4 Monitoring und Rückführung

Das UNMIK Office of Returns & Communities will die geplante Rückkehr von Ashkali und ÄgypterInnen im Voraus überprüfen. Die Prüfung erstreckt sich darauf, ob die Rückkehr dieser Personen an bestimmte Orte möglich und sicher ist.²⁵ Zwar ist das UNMIK Office of Returns & Communities gehalten, auf einer individuellen Basis die Entscheide zu treffen, wer zurückkehren kann. Die bisherigen Erfahrungen sprechen nicht dafür, dass der UNMIK eine sorgfältige und auf das Individuum bezogene Prüfung überhaupt möglich ist. Sie ist weder personell noch fachlich ausgerüstet, individuelle Gefährdungen festzustellen. Nötig wären Risiko-Assessments, eine aufwendige Methode, um potentielle Bedrohungen durch die Nachbarschaft und das künftige Umfeld der RückkehrerInnen erfassen zu können. Weder für Assessments vor einer Rückkehr noch für Überprüfungen in der Zeit nach der Rückführung gibt es Budgets bei der Organisation.²⁶ Auch das UNHCR sah bisher keine Möglichkeit, die Situation der rückgeführten Ashkali abzuklären.²⁷ Zwar wünscht sich der UNMIK-Chef, dass Kapazitäten der kosovarischen Behörden aufgebaut werden, um solche Personen auf Gemeindeebene aufzunehmen.²⁸ Dabei handelt es sich jedoch nur um Planspiele, solange die Finanzierungsfragen nicht gelöst werden.

Die Vertreter der Roma-Gemeinschaften weisen darauf hin, dass es seit einem ersten "Memorandum of Understanding" mit Deutschland im Jahr 2003 der UNMIK nicht gelungen ist, die kosovarische Regierung zu verpflichten, ihre Verantwortung gegenüber den RückkehrerInnen wahrzunehmen, sodass diese den eigenen Minderheiten-Gemeinschaften zur Last fielen.²⁹ Dies scheint auch nach den jüngst erfolgten Rückführungen von Ashkali das Muster zu bleiben. Die Organisation Refugees International führte Gespräche mit aus Deutschland zurückgeführten Ashkali, die vor der Ausreise kaum informiert worden waren, was mit ihnen geschehen wird, ob etwa ihr Haus zerstört oder besetzt ist.³⁰ So scheinen auch nach den Rückführungen von Ashkali aus Deutschland nach Ferizaj die Zuständigkeiten nur so weit klar zu sein, dass es keine gibt. Nicht einmal der Transport vom Flughafen Prishtina zum Bestimmungsort ist organisiert.³¹ Nach der Ankunft führt die Kosovo-Polizei ein Gespräch mit den zurückgeführten Personen, offenbar aber nur, um festzustellen, dass diese angekommen sind. Weder sehen sich die internationalen Organisationen noch die Kosovo-Regierung, noch lokale Stellen imstande, den Zurückgeführten bei Unterbringung, sozialer Unterstützung, medizinischer oder psychologischer Hilfe oder beim Wiederaufbau der zerstörten Häuser beizustehen.³² Von den im Mai aus Deutschland zurückgeführten Ashkali-Familien sind drei oder vier Familien in Zelten oder Lagern untergebracht worden, weil ihre Häuser zerstört sind. Eine weitere aus

²⁵ Schreiben des Sondergesandten des Generalsekretärs der UN Jessen-Pettersen an die Ombudsperson für Kosovo, Marek Antoni Nowicki vom 15.6.2005.

²⁶ Ombudsperson Nowicki gegenüber dem Europarat am 6.6.2005 (One World South East Europe).

²⁷ E-Mail von UNHCR Prishtina an die SFH vom 7.7.2005.

²⁸ Schreiben des Sondergesandten des Generalsekretärs der UN Jessen-Pettersen an die Ombudsperson für Kosovo, Marek Antoni Nowicki vom 15.6.2005.

²⁹ Äusserungen von Bashkim Ibishi, Mitglied des Roma- und Ashkali-Forums gegenüber dem UN-Sondergesandten Walter Kälin, 25.6.2005. <http://www.harolddoan.com/modules.php?name=News&file=article&sid=3977>.

³⁰ Refugee International, Kosovo: Roma returns stalled by security concerns, politics and discrimination, 28.6.2005.

³¹ Paul Polansky, E-Mail an die SFH vom 6.7.2005.

³² Ombudsperson für Kosovo, Marek Antoni Nowicki, Schreiben an UNMIK und die kosovarische Regierung, Juni 2005: <http://www.ombudspersonkosovo.org/>.

Deutschland zurückgeführte Ashkali-Familie wurde an einen Cousin verwiesen, dem Transport und Unterbringung aufgetragen wurden. Albanische Nachbarn hatten die Strasse zum Haus des Rückkehrers blockiert, und er musste mit den Besetzern seines Hauses verhandeln, dieses innerhalb eines Monats zu verlassen. Er hatte Glück, dass Verwandte ihn unterstützten und dass die Besetzer bereit waren, das Haus zu räumen.³³ Weitere Interviews mit aus Deutschland zurückgeführten Ashkali-Familien zeigten, dass ein Teil von ihnen nach wenigen Tagen bereits einen Schlepper bezahlte, der sie wieder nach Deutschland bringen sollte.³⁴

Kosovo hat nicht die Kapazität, grössere Zahlen von Ashkali oder ÄgypterInnen aufzunehmen, schon weil es an Unterbringungsmöglichkeiten fehlt. Realistischerweise ist meist nur Unterbringung in den ohnehin überfüllten Wohnungen der Verwandten möglich. Zudem hat die UNMIK selbst keine Möglichkeiten, Wohnraum bereitzustellen.³⁵ Die Organisation zieht sich weitgehend aus örtlichen Verwaltungsaufgaben zurück, für Obdachlose gibt es eine (theoretische) Zuständigkeit der kosovarischen Gemeindeverwaltungen der Herkunftsgemeinde. Recherchen der Schweizerischen Flüchtlingshilfe zur Frage, was die lokalen Behörden bei obdachlosen (meist albanischen) RückkehrerInnen zu leisten imstande waren, haben gezeigt, dass diese sich in keinem einzigen der untersuchten Fälle in der Lage sahen, substanzielle Hilfe bei der Unterkunft, beim Wiederaufbau oder bei der Lösung sozialer Probleme zu leisten. Internationale Hilfsorganisationen, die nach dem Krieg Wiederaufbauprogramme durchführten, haben sich aus Kosovo zurückgezogen. Solche Programme kamen überwiegend AlbanerInnen zugute, es konnten später auch in sehr beschränktem Mass Wohnungen für Roma/Ashkali/ÄgypterInnen erstellt werden, die Programme gelten jedoch nicht für RückkehrerInnen.

2.4 Weiterbestehende Probleme der Roma/Ashkali/ÄgypterInnen

2.4.1 Angst als ständiger Begleiter

Personen, die in ständigem Kontakt zu den Roma-Gemeinschaften stehen, beschreiben, dass diese seit den Unruhen im März 2004 auf gepackten Koffern sitzen, bereit, von einem Augenblick auf den nächsten wieder zu fliehen.³⁶ Ein Gefühl relativer Sicherheit gilt dem Augenblick, die Angst vor einer Wiederholung der Vertreibungen ist allgegenwärtig. Angst besteht vor allem nachts. Es existieren unsichtbare Barrieren, die die Roma-Gemeinschaften nicht zu übertreten wagen: So gilt als Maxime, das Viertel oder das Lager nicht im Dunkeln zu verlassen oder nicht alleine zu verreisen. Verbale Belästigung und Einschüchterung von albanischer Seite gelten als Routinevorkommnisse, die aus Angst vor Vergeltung kaum mehr gemeldet werden.³⁷

³³ Refugees International, Kosovo: Roma Return stalled by Security Concerns, Politics and Discrimination, 28.6.2005.

³⁴ Paul Polansky, E-Mail an die SFH vom 7.6.2005.

³⁵ UNHCR Berlin, Anmerkung zu Entscheidungen des OVG Oldenburg und des VG Giessen, 15.3.2005.

³⁶ Gespräch mit Paul Polansky während einer Abklärungsreise 10. bis 15.10.2004 in Kosovo.

³⁷ Dieses Verhalten wird seit Jahren in den Berichten der mit Roma befassten NGOs, aber auch des UNHCR erwähnt.

Die Gründe für diese Angst sind einsichtig: Die Roma-Gemeinschaften haben anders als die serbische Minderheit keinen Staat hinter sich und sind in einer schwachen Position. Es kam innerhalb von fünf Jahren zu zwei Vertreibungen. Die wenigsten Angriffe auf Minderheiten seit dem Jahr 1999 wurden aufgeklärt. Die Gründe dafür sind vielschichtig: Ein schwaches Polizei- und Justizsystem, fehlende Bereitschaft von Zeugen auszusagen, fehlende Zeugenschutzprogramme, ein allgemeines Klima der Straflosigkeit. Übergriffe gegen ethnische Minderheiten blieben somit in den meisten Fällen unsanktioniert.

Keine Verantwortlichen wurden je wegen Verbrechen gegen die Roma-Gemeinschaften vor dem Internationalen Gerichtshof für das frühere Jugoslawien angeklagt. Wegen der Vorgänge in den Jahren 1999/2000 wurde keine Kompensation an die Geschädigten geleistet.

Nach den Ausschreitungen vom März 2004 wurde gegen 179 Personen ein Verfahren eröffnet. Es kam auch zu Verurteilungen, doch ist der exakte Ausgang der Strafverfahren nicht bekannt. Es ist somit auch nicht klar, wer wirklich für welche Taten zur Verantwortung gezogen werden konnte. 69 Untersuchungen gegen Angehörige der Kosovo-Polizei wegen deren Komplizenschaft bei den Ausschreitungen wurden eingeleitet, ohne dass daraus Strafverfahren resultiert wären. UNMIK führte zwar Disziplinarverfahren gegen Angehörige der eigenen Organisation, wegen fehlender Aussagebereitschaft von Zeugen scheinen diese keine Konsequenzen gehabt zu haben, Resultate wurden nicht veröffentlicht.³⁸ Das hat das Vertrauen der Minderheiten, die Anzeigen eingereicht hatten, in die offiziellen Stellen nicht gestärkt.

2.4.2 Wohnsituation und sichere Rückkehr an den früheren Wohnort

Die Verhältnisse, in denen die Roma-Gemeinschaften im heutigen Kosovo leben, sind geeignet, potentielle RückkehrerInnen abzuschrecken. Ein Teil der Roma, Ashkali und ÄgypterInnen lebt immer noch in interner Vertreibung. Nur wenige Roma konnten ihre zerstörten Häuser wiederaufbauen. Es gibt Individuen, die nicht an den früheren Wohnort zurückkehren, weil sie sich dort nicht sicher fühlen. Es gibt ehemalige Roma-Viertel, die vollkommen von ihren früheren BewohnerInnen verlassen wurden und heute von bedürftigen Kosovo-AlbanerInnen besetzt sind.³⁹ Vertriebene Roma können nicht einfach in andere Viertel ausweichen, wo sie nicht geduldet wären und wo sie auch die Miete nicht bezahlen könnten. Rückerstattung des durch die Vertreibung verlorenen Eigentums dauert Jahre, wenn es überhaupt gelingt. Meist lässt sich das Roma-Eigentum nicht nachweisen, weil entweder die entsprechenden Dokumente fehlen, weil sie verloren gegangen sind oder nach Serbien abtransportiert wurden. In anderen Fällen wagten die Roma nicht, ihr Eigentum von den Besetzern zurückzuverlangen, weil sie von diesen bedroht wurden.

Nach der Vertreibung im Jahr 1999 wurden verschiedene Lager (Plementina, Obiliq/Obilic und Mitrovicë/Kosovska Mitrovica) geschaffen. Dort wurden vor allem intern Vertriebene – meist Angehörige der Roma-Gemeinschaften – untergebracht, die nicht in ihre zerstörten Häuser und Wohnungen zurückkehren konnten oder aber solche, die aus dem Ausland zurückgekehrt sind, jedoch nicht in der Lage waren, ihre eigenen Häuser wiederaufzubauen. Im Plementina-Lager bei Obiliq/Obilic leben

³⁸ Amnesty International: Kosovo/Kosova: The March violence – one year on, 17.3.2005.

³⁹ z.B. das Dalmatinska-Viertel in Prishtina.

noch immer 464 Familien aus fünf kosovarischen Gemeindebezirken.⁴⁰ Nahezu sechs Jahre nach diesen Ereignissen existieren diese als Provisorien gedachten Lager weiterhin. Ihre Schliessung wurde immer wieder angekündigt, jedoch nicht realisiert.

Selbst dort, wo den Roma Land zugeteilt wurde, gelang es ihnen meist nicht, Häuser zu bauen oder Hilfe dafür zu erhalten. Die Begründung dafür lautete, dass sich keine Geldgeber gefunden hätten. Wiederaufbau kann schliesslich auch daran scheitern, dass die Gemeindeverwaltungen andere Pläne für das Land haben, auf dem früher Roma-Häuser standen. Beispiel dafür ist das Crystal-Viertel in Pejë/Peja, in dem mehr als 100 Roma-Familien lebten. Es wurde 1999/2000 dem Erdboden gleichgemacht. Entgegen allen Plänen der UNMIK ist das Viertel nicht wiederaufgebaut, da die Gemeinde das Gelände für andere Zwecke nutzen möchte.

Für die intern Vertriebenen in den Lagern gibt es nach wie vor keine klaren Zuständigkeiten zwischen UNMIK und der Kosovo-Regierung (PISG), insbesondere fehlt das Geld, um eine Rückkehr in ihre früheren Häuser zu realisieren.⁴¹

Wurden die Roma-Familien nicht im Lager untergebracht, lebten sie vor allem in den Häusern derer, die im Ausland waren. Diese Wohnungen, die ich bei mehreren Reisen nach Kosovo besichtigt habe, sind mit dem Begriff "substandard" freundlich beschrieben. Sie sind dadurch charakterisiert, dass in einem Raum zwischen sechs und zwölf Personen leben, dass alle Infrastrukturen (Wasser, Abwasser) fehlen und die hygienischen Bedingungen katastrophal sind. Die Siedlungen sind oft an den Rändern der Städte gelegen, häufig in der Nachbarschaft von Müllhalden.

Fabricka Mahalla – ein Viertel in Süd-Mitrovica, das einst die grösste und älteste Roma-Gemeinschaft in der Region beherbergte – war 1999 eine Woche nach dem Beginn der NATO-Bombardierungen niedergebrannt worden. Viele Bewohner leben heute ausserhalb Kosovos, andere unter üblen Bedingungen in den Lagern nördlich von Mitrovica. Wie eine Besichtigung des zerstörten Viertels im Oktober 2004 zeigte, wies dieses den identischen Zerstörungsgrad auf wie im Jahr 1999. Die Stadtverwaltung wollte die Roma in Blocks unterbringen und auf einem Teil des Geländes einen Park anlegen. Das wurde von Roma-Seite, die auf der Rückgabe des Landes bestand, abgelehnt. Es gibt neuerdings Pläne, wonach sich verschiedene Länder (USA, Niederlande, Schweden, Deutschland) an einem Wiederaufbauprojekt auf diesem Gelände beteiligen würden.

2.4.3 Bleivergiftete Lager

Die Existenz der Lager für die Roma-Gemeinschaften geben ein verheerendes Bild über die Situation in Kosovo, musste selbst Premierminister Bajram Kosumi eingestehen, nachdem er das Lager in Plementina besichtigt hatte.⁴² Die Lager sind Ausdruck der Tatsache, dass es zu wenig Wohnraum für diese Minderheiten gibt. Roma-

⁴⁰ ERRC, In the Aftermath of Ethnic Cleansing: Continued Persecution of Roma, Ashkalis, Egyptians and others perceived as "Gypsies" in Kosovo, 27.6.2005.

⁴¹ UN Information Service, 24.6.2005: Bei einem Besuch des Vertreters des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Walter Kälin in Mitrovica und Obiliq/Obilic ergab sich dieser Umstand klar.

⁴² IWPR, A premature return, 14.4.2005.

Gemeinschaften sind die letzten Bewohner von Flüchtlingscamps im früheren Jugoslawien.

In drei Lagern nördlich von Mitrovica, Zitkovac, Cesmin Lug und Kablare wurden bei 60 Roma-Kindern unter sechs Jahren schwere Bleivergiftungen festgestellt. Das Cesmin Lug-Lager ist nur 500 Meter von der stillgelegten Trepca-Mine entfernt. Kablare und Zitkovac sind in einer Entfernung von zwei Kilometern von der Mine gelegen. Die Lager waren 1999 in der Nähe von Schlackehalden aus den Trepca-Minen gebaut worden, um 500 zumeist aus der Roma Mahalla in Süd-Mitrovica vertriebene Personen unterzubringen. Sie wurden vom UNHCR als Provisorium installiert und sollten nur für 45 Tage in Betrieb sein. Bereits im September 2000 wurden Blutwerte festgestellt, die Hinweise auf eine Bleivergiftung ergaben und die UNMIK selbst empfahl die Schliessung bereits zu diesem frühen Zeitpunkt.⁴³ 40 Prozent der getesteten Personen weisen hohe Anteile von Blei in ihrem Blut auf. Das Blei kommt auf verschiedenen Wegen in den Körper, einerseits durch Staub, andererseits durch Nahrung.

Im Jahr 2004 führte die WHO in Zusammenarbeit mit der UNMIK und lokalen Institutionen eine Untersuchung durch, um herauszufinden, auf welche Weise die Kinder in diesen Gemeinden Nord-Kosovos den Schwermetallen ausgesetzt sind. Nach dieser Untersuchung weist die Bevölkerung in Mitrovica insgesamt erhöhte Werte auf, alarmierend sind jedoch die Werte der Roma in den Lagern. Nach dem WHO-Bericht vom Oktober 2004 wurden in Zitkovac Bodenproben genommen, die einen 100,5-fach erhöhten Wert gegenüber den empfohlenen Werten aufweisen. In Cesmin Lug ist die Situation noch schlechter: Der gemessene Wert überschreitet die Sicherheitslimite um das 359,5-fache. Die WHO kategorisierte die Bleivergiftung als schwere Gesundheitskrise und empfahl die sofortige Evakuierung schwangerer Frauen und von Kindern bis zu sechs Jahren. Eine solche ist trotz der ausgesprochenen Warnungen vor geistigen Behinderungen und sogar tödlichen Folgen bisher ausgeblieben.⁴⁴

Die Toxizitätslevel sind aussergewöhnlich hoch. Die Kinder zeigen ganz offensichtliche Symptome der Bleivergiftung: Gedächtnisverlust, Koordinationsverlust, Erbrechen, Krämpfe. Anämie und Probleme wegen Bluthochdrucks sind weitere Krankheitssymptome, mit denen die Betroffenen zu kämpfen haben. Während der vergangenen Jahre starben 27 Personen in den Lagern möglicherweise an einer Schwermetallvergiftung. Autopsien wurden nicht durchgeführt. Kindern und schwangeren Frauen wurden alternative Wohnungen angeboten, doch weigerten sie sich, sich von ihren Familien zu trennen.⁴⁵ Vitamine, kalziumreiche Nahrung oder andere Spezialnahrung, die helfen könnten, Anteile des Gifts wieder auszuscheiden, stehen zu selten zur Verfügung.

Auch wenn die Rückführung der aus Deutschland oder anderen Ländern abgeschobenen Angehörigen der Roma-Gemeinschaften in die bleivergifteten Lager nicht zu erwarten ist, zeigt die Tatsache, dass es fünf Jahre nach dem Bekanntwerden der Gesundheitsgefährdung immer noch nicht gelungen ist, alternative Lösungen zu fin-

⁴³ 44 Personen hatten Werte von mehr als 65 Mikrogramm per Deziliter: Bereits ein Wert von zehn Mikrogramm wird als Risiko für eine Schädigung des Hirns und des Nervensystems betrachtet.

⁴⁴ Refugees International Bulletin, Kosovo: Lead pollution requires immediate evacuation of Roma Camps, 15.6.2005.

⁴⁵ IWPR, Illness plagues camps for displaced communities, 14.5.2005.

den, wie prekär die Wohnsituation der Roma-Gemeinschaften ist und in welchem Mass es an Optionen für eine menschenwürdige Unterbringung dieser Minderheit fehlt.

2.4.4 Beschäftigung

Die Arbeitslosigkeit in Kosovo ist für viele ein bedrückendes Problem. Bei den Roma-Gemeinschaften tendiert sie vielerorts gegen 100 Prozent. Chancen auf Beschäftigung bestehen in geringem Mass im öffentlichen Sektor, wo eine Berücksichtigung von Minderheiten zumindest einem politischen Programm entspricht. Doch sind auch dort die Roma-Gemeinschaften gegenüber allen anderen Minderheiten im Nachteil und Beschäftigungsverhältnisse sind Ausnahmeerscheinungen. Anstellungen bei den internationalen Organisationen sind ebenfalls selten, da diese vor allem in Prishtina tätig sind, wo Roma/Ashkali/ÄgypterInnen sich nicht aufzuhalten wagen.

Im privaten Sektor haben Roma/Ashkali/ÄgypterInnen aufgrund der Diskriminierung dieser Minderheiten die geringsten Chancen auf eine Beschäftigung. Die Privatisierung von Unternehmen benachteiligt die Roma-Gemeinschaften zusätzlich. So kam es zum Beispiel in Prizren in einer Fabrik zu Entlassungen aller Angestellten. Nachdem die Fabrik die Produktion wieder aufgenommen hatte, wurde keiner der Roma wieder eingestellt.⁴⁶ Nach den Angaben eines Vertreters der Ashkali-Gemeinschaft in Kosovo Polje/Fushe Kosove sind von einer Gemeinschaft von 4'000 Personen nur 22 Ashkali und Roma von den lokalen Institutionen angestellt.⁴⁷

Naheliegenderweise wirkt sich die Beschäftigungslosigkeit auf alle Lebensbereiche der Betroffenen aus. Sozialhilfe (zwischen 37 und 65 Euro pro Haushalt) erhält nur ein Teil der Bedürftigen aufgrund der restriktiven Kriterien (zum Beispiel eines der Kinder im Haushalt muss jünger als fünf Jahre sein). Die Höhe der Sozialhilfe erlaubt in keiner Weise, die Kosten des Lebensbedarfs eines Haushalts zu decken.

2.4.5 Was hat sich an der Situation der Roma-Gemeinschaften wirklich gebessert?

Die internationalen Organisationen haben sich lange Zeit gegen jede nicht freiwillige Rückkehr von Roma/Ashkali/ÄgypterInnen gewehrt. Als Kriterium für eine nachhaltige Rückkehr wurde die "freie und informierte Wahl" definiert. Die ins Feld geführten Gesichtspunkte waren:

- Relative Verbesserungen der Lage der ethnischen Minderheiten waren in den letzten Jahren vor allem darauf zurückzuführen, dass der grössere Teil der Minderheitenbevölkerung vertrieben ist und so auch nicht mehr Stein des Anstosses sein kann.
- Die Rückkehr grösserer Zahlen von Angehörigen ethnischer Minderheiten kann die Region destabilisieren und die Situation der in Kosovo verbliebenen Minderheitsangehörigen verschlechtern.

⁴⁶ ERRC, a.a.O.

⁴⁷ IWPR, A premature return, 14.4.2005.

- Kehren substantielle Zahlen dieser Minderheitsangehörigen zurück, ohne dass ihnen Wohnung, finanzielle Unterstützung und elementare Formen einer Gleichbehandlung gewährt werden, werden sie wahrscheinlich nicht bleiben, die Rückkehr ist nicht nachhaltig (Drehtüreffekt).
- Der Rückkehrprozess sollte sinnvollerweise eine bestimmte Reihenfolge haben: Zuerst Rückkehr der intern Vertriebenen, dann der Vertriebenen aus Serbien, Montenegro, Mazedonien und den anderen angrenzenden Regionen, zuletzt Rückkehr aus den anderen europäischen Ländern.

Keiner dieser Aspekte hat an Gültigkeit verloren, was dafür spricht, dass veränderte Positionen zur Lage von Ashkali und ÄgypterInnen weniger auf eine grundsätzlich verbesserte Situation dieser Gemeinschaften und eine tatsächliche Aufnahmefähigkeit Kosovos für solche RückkehrerInnen zurückzuführen sind, sondern eher auf die fehlende Bereitschaft einiger europäischer Staaten, diese Personen noch zu schützen.

2.5 Fluchtalternative in Serbien

Serbien und Montenegro beherbergen neben den 290'000 Flüchtlingen aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina mehr als 220'000 Binnenvertriebene aus Kosovo.⁴⁸ Das UNHCR hält deshalb die Anwendung der internen Flucht- oder Umsiedlungsalternative für die Minderheiten aus Kosovo weder für eine angemessene, noch für eine zumutbare Option.

3 Zusammenfassung

Minderheitenrückkehr ist eine entscheidende Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen über den künftigen Status von Kosovo. Die Interessen der verschiedenen Akteure (Internationale Gemeinschaft, Kosovo-Regierung) an baldigen Verhandlungen sind gross. Sie treffen sich mit den Interessen verschiedener europäischer Länder an einer forcierten Rückführung eines Teils der Roma-Gemeinschaften. Die Rückführung der Ashkali und ÄgypterInnen soll den Nachweis liefern, dass Rückkehr möglich ist und die Standards nach und nach erfüllt werden. Das wird neue Probleme schaffen, weil die von den Rückführungen betroffenen Personen mit grosser Wahrscheinlichkeit innerhalb Kosovos in interner Vertreibung leben werden und zudem in eine Region geschickt werden, in der auch aus Sicht der UN-Stellen eine für sie fragile Sicherheitssituation herrscht.

Die UNMIK wollte gewisse Sicherheiten einbauen: Rechtzeitige Voranmeldung und Auswahl der Zurückzuführenden in einem Screening-Verfahren sollte gewährleisten, dass die Rückkehr kontrolliert erfolgt. Doch hat die Organisation nicht die sachlichen und persönlichen Ressourcen, um im Rahmen dieses Prozesses Gefährdungen für die Zurückgeführten zuverlässig abzuklären. Das gewählte Vorgehen beinhaltet kein Risiko-Assessment und ist ungeeignet, spezifische Bedrohungen zu erkennen. Unter

⁴⁸ UNHCR Berlin, Zur Situation von binnenvertriebenen Minderheiten (Roma, Ashkali und Ägypter) aus dem Kosovo in Serbien und Montenegro, September 2004.

den in den Jahren 1999 und 2000 geflohenen Roma/Ashkali/ÄgypterInnen sind auch solche, die Grund hatten, vor Racheakten zu fliehen (Verdacht der Kollaboration oder Plünderungen). Diese Personen können nach einer Rückführung akut gefährdet sein. Ihren Sicherheitsbedürfnissen, die vor der Rückkehr zu eruieren sind, muss vordringlich Rechnung getragen werden. Das gewählte Screening-Verfahren der UNMIK kann das nicht leisten.

Für die RückkehrerInnen gilt mit grosser Wahrscheinlichkeit, dass sie entweder keine Wohnung haben, weil ihr früheres Haus zerstört oder besetzt ist oder dass es Probleme mit den Nachbarn geben wird. Bisherige Erfahrungen mit der Rückführung von Ashkali aus Deutschland zeigen, dass die Unterbringung in den ohnehin überfüllten Wohnungen von Verwandten die wahrscheinlichste Lösung des Unterkunftsproblems darstellen wird. Weder halten sich bisher die internationalen Organisationen noch die Kosovo-Regierung, noch lokale Stellen für verpflichtet, den Zurückgeführten bei Unterbringung, sozialer Unterstützung, medizinischer oder psychologischer Hilfe oder mit Hilfe beim Wiederaufbau der zerstörten Häuser beizustehen. Auch gibt es keine Nichtregierungsorganisationen, die diese Aufgabe übernehmen. Nicht einmal der Transport vom Flughafen zum künftigen Wohnort wird organisiert, die rückgeführten Ashkali werden auf dem Flughafen Prishtina abgeladen und müssen sich alleine durchschlagen. Die Resolution des Sicherheitsrats 1244 vom Juni 1999 sieht vor, dass die Internationale Gemeinschaft die Verpflichtung hat, die sichere und ungehinderte Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen an ihren Herkunftsort ("to their homes") in Kosovo sicherzustellen. Das gewählte Vorgehen widerspricht der Resolution.

Der seit Jahren bekannte Drehtüreffekt ist abzusehen: Ein Teil der Rückgeführten wird rasch wieder ausreisen. Nur Geldmangel kann sie daran hindern. Solche Rückkehr ist nicht nachhaltig und kann in einer weiteren Vertreibung enden. Ohne finanzielles Engagement vor allem der Länder, die die Rückkehr von Teilen der Roma-Gemeinschaften forcieren, wird es nicht gehen. Ohne Wiederaufbauprojekte und Beiträge zur Schaffung von Arbeitsplätzen wird die Perspektivenlosigkeit eines Lebens in Unsicherheit, Diskriminierung und äusserster Armut perpetuiert.